

## Presseinformation

Nr. 393 / 2013

Kiel, Mittwoch, 4. September 2013

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Innen / Kommunalen Finanzausgleich

### Dr. Heiner Garg: FAG- Novelle braucht echten Demografiefaktor

Zur heutigen Vorstellung der Novelle des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Der jetzt vom Innenminister vorgestellte Entwurf zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes führt zu einer weiteren Verschärfung der Ungleichgewichte zwischen Stadt und Land. Vor einigen Monaten war von Minister Breitner zwar noch zu hören, dass es durch die FAG-Novelle ‚keine Verlierer‘ geben werde. Faktisch jedoch verlieren die meisten Kreise – sollten Breitners Pläne umgesetzt werden.

Auch aus unserer Sicht ist eine Reform des FAG notwendig. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Landesregierung bei diesem ambitionierten Vorhaben nicht auch die Pflicht hat, eine längerfristige politische Perspektive abzubilden. Rein an aktuellen fiskalischen Parametern gemessen machen die gutachterlichen Vorschläge vielleicht vordergründig Sinn, effektiv führt dies aber zu einer Verschärfung der – heute schon sichtbaren – Landflucht. Die überwiegende Zahl der Kreise wird durch eine solche FAG-Novelle immer weniger Möglichkeiten haben, ihre Infrastruktur aufrecht zu erhalten und ihre Region attraktiv für alle Generationen zu gestalten. Die übergeordneten Aufgaben der Kreise werden zusätzlich erschwert.

Deshalb wird die FDP-Landtagsfraktion im weiteren Verlauf des parlamentarischen Verfahrens darauf drängen, dass bei der FAG-Novellierung die demografische Entwicklung stärker berücksichtigt wird. Ein Demografiefaktor allein auf Gemeindeebene ist nicht ausreichend. Die betroffenen Kreise müssen mit finanziellen Mitteln aus dem FAG-Topf für die besonderen Herausforderungen des demografischen Wandels besser gewappnet werden.

Die nun vorgeschlagenen Kürzungen können im Übrigen in denjenigen Kreisen, die Verträge über Konsolidierungshilfen mit dem Land abgeschlossen haben dazu führen, dass die Konsolidierungsbemühungen gänzlich zu Nichte gemacht werden.“